

Der Fraktionsbrief

06.04.2018 | Informationen der CDU Fraktion im Kreistag Marburg-Biedenkopf | Ausgabe 02-2018



Liebe Parteifreunde,

in der letzten Kreistagssitzung am 23. März 2018 wurden wieder viele wichtige Themen behandelt und beschlossen. Zu einigen davon möchte ich Sie in diesem Fraktionsbrief näher informieren, z. B. zum kostenfreien ÖPNV, zu den Kreisfinanzen, über die Präventionsarbeit zur Afrikanischen Schweinepest, zur Neufassung des Kreissportplanes, den Ausbau der K 50 zwischen Seelbach und Rollshausen und die zukünftige Qualitätszertifizierung des Schullebens.

Ich wünsche Ihnen einen guten Start in den Frühling in unserem schönen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Genießen Sie die Zeit und seien Sie sehr herzlich begrüßt.

Ihr Werner Waßmuth
 Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion

Landbus statt Schnellschuss

Auszüge aus dem Beitrag von Marian Zachow in der Kreistagssitzung am 23.3.2018

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Nahverkehrsplan unter dem Motto „**Mobilität zwischen den Ohren**“ verabschiedet, der vom ÖPNV entfremdete Menschen wieder an Bus- und Bahn heranführen will. Natürlich (!) ist eine Barriere dabei der Tarif: Insofern könnte fahr-

preisfreier ÖPNV ein Ansatz sein, einen niedrigschwelligen Zugang zu eröffnen. Insofern macht es Sinn, auch über einen fahrpreisfreien ÖPNV nachzudenken. Übrigens: Dieser wird niemals KOSTENLOS, sondern allenfalls FAHRPREISFREI sein, da ja die Betriebskosten gleichwohl entstehen.

1. Nicht die Kosten sind die größte Hürde...

Auch aus Kostensicht scheint fahrpreisfreier ÖPNV nicht völlig unrealistisch! Während die Gesamtkosten für den ÖPNV bundesweit sich auf ca. 30-32 Mrd. Euro belaufen dürften¹, liegt der aus dem Fahrscheinverkauf erzielte Kostendeckungsbeitrag bei ca. 40-45 %.² Mit anderen Worten: beim Verzicht auf Fahrscheinverkäufe müsste man einen Einnahmeausfall von circa 12 Mrd. kalkulieren. Da ein fahrpreisfreier ÖPNV sicher auch Mehrverkehr verursachen dürfte, müsste man noch etwa 30-40 % hinzu rechnen, so dass man bei Kosten von etwa 16 Mrd. Euro wäre. Das entspricht etwa dem, was eine Abschaffung des Solidaritätszuschlages kosten würde. Unfinanzierbar wäre das nicht –wobei anzumerken wäre, dass angesichts der ohnehin hohen Steuer- und Abgabenlast einer zusätzlichen Belastung für den Nahverkehr ein Irrweg wäre.

(2). **Trotzdem ABER: Warum kostenfreier ÖPNV in den Städten ein Schnellschuss ist:**

Trotz der vorstehenden Überlegungen muss aber festgehalten werden, dass insbesondere die Erfah-

¹ Die Bundestagsdrucksache 18/8180 vom 19.4.2016 hält für das Jahr 2012 Gesamtkosten von 25,4 Mrd. Euro fest; rechnet man die Erhöhung der Regionalisierungsmittel sowie Preissteigerungen hinzu, dürfte eine Summe von 30-32 Mrd. € eine annähernd realistisch geschätzte Größe sein.

² Vgl. Bundestagsdrucksache 18/8180, 7

rungen aus anderen Städten zeigen, dass die Zeit noch nicht reif ist für kostenlosen ÖPNV. Ich fasse die wesentlichen Beobachtungen aus Städten wie Tallin, dem belgischen Hasselt oder Aubagne in Frankreich, aber auch in Templin zusammen:

(a) alle Städte, die fahrpreisfreien ÖPNV erprobt haben, zeigen: Fahrscheinfreier ÖPNV führt zu erhöhtem Kapazitätsbedarf. Da in den Städten die Nadelöhre ohnehin schon überlastet und Kapazitätserweiterungen kaum möglich sind, würde fahrpreisfreier ÖPNV in den Städten wohl bedeuten, dass man kostenlos von überfüllten Zügen stehen gelassen wird.

(b) In allen Städten, die bisher mit fahrscheinfreien ÖPNV unterwegs waren, sind zwar die Fahrgastzahlen gestiegen, jedoch hat dies kaum zu einer Entlastung beim Autoverkehr



geführt: Die meisten Fahrgastzuwächse resultieren aus Mehrverkehr, vor allem aber aus Umsteigern von Fuß- oder Radverkehr.

(c) In Tallinn ist nach der Einführung der Fahrpreisfreiheit die Einwohnerzahl binnen eines Jahres um 10.069 gestiegen. Deswegen gilt Tallinn als Erfolgsmodell, eigentlich heißt das aber nichts anderes, als dass der fahrpreisfreie ÖPNV die Abwanderung vom Land in die Stadt gefördert hat. Mit anderen Worten: **fahrpreisfreier ÖPNV in den Städten kann den ländlichen Raum massiv gefährden!**

(3) UMDENKEN! Warum fahrpreisfreier ÖPNV auf dem Land intelligent sein könnte

Wenn fahrscheinfreier ÖPNV in den Städten wohl eher als Schnellschuss gesehen werden muss, bleibt die Frage, ob das Thema deswegen komplett abgehakt werden muss. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Kapazitäten **überall** eng wären und ebenso **überall** die Abwanderungseffekte von Rad- und Fußverkehr automatisch hinzukämen. Genau weil das aber nicht überall so ist, sollte man einmal anders herum denken. **Es gibt ein Segment des öffentlichen Verkehrs, in dem es noch Kapazitätsreserven gibt bzw. Kapazitäten mit überschaubarem Aufwand erhöht werden könnten: nämlich der ÖPNV im ländlichen Raum – bzw. derjenige, der vom Umland in die Städte hinein führt, der sogenannte Überlandverkehr mit Bus und Bahn.** Ein zusätzlicher Bus auf dem Land ist weitaus leichter einsetzbar als eine zusätzliche Tram in überlasteten städtischen Verdichtungsräumen...und selbst eine Ausweiche oder eine Zweigleisigkeit im Schienenverkehr ist in ländlichen Räumen ungleich leichter und schneller umsetzbar als ein zusätzliches Gleis im S- oder U-Bahn-Tunnel. Und: hier ist auch **nicht** mit einem Verlagerungseffekt von Rad- und Fußweg zu rechnen, weil der Rad- und Fußverkehr angesichts der längeren Wege auf dem Land nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Gleich drei wesentliche Aspekte sprechen dafür, dass der Wirkungsgrad von Fahrpreisfreiheit auf dem Land größer ist als der von kostenfreiem Nahverkehr in der Stadt:

a) Der ökonomische Anreiz ist im Überlandverkehr stärker als in den Städten

Wenn man nur kurze oder mittlere innerstädtische Wege zurücklegt, spart man auch selbst durch kostenlosen ÖPNV nur eine vergleichsweise kleine Summe von oft unter 100 €. Wer aber für das Einpendeln aus dem Umland täglich größere Entfernungen zurücklegt und damit monatliche Kosten von 200 -300 Euro hat, dürfte sich den Umstieg weitaus eher überlegen.

b) Der ökologische Effekt ist größer als in den Städten

So banal es klingen mag: Wenn es gelingt, dass 100 Fahrgäste, die täglich Überlandstrecken von 20 km zurücklegen, zum Umstieg auf Bus oder Bahn zu bringen, ist das wirkungsvoller, als wenn

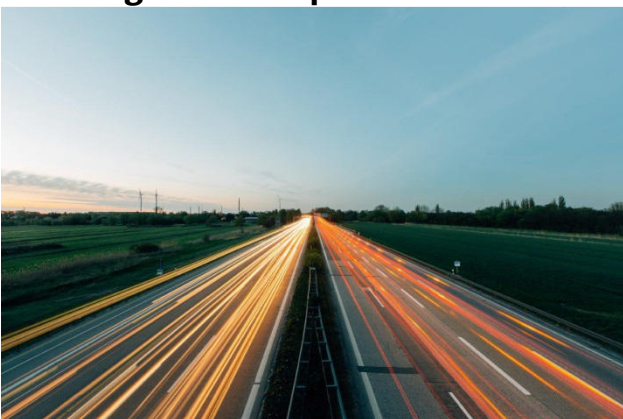
100 Fahrgäste für städtische Kurzstrecken von 5-10 Kilometern ihr Auto stehen lassen. Und: kostenfreier Überlandverkehr entlastet auch die Städte, denn wer mit dem (kostenlosen) Bus oder Bahn in die Stadt fährt, ist auch in der City nicht plötzlich mit dem Auto unterwegs.

c) Angebotsqualität und -dichte ist geringer als in den Städten.

Fakt ist, dass – zwangsläufig – das ÖPNV-Angebot in der Stadt attraktiver und größer ist als im ländlichen Raum. Mit anderen Worten: Der Stadtbewohner bekommt mehr für sein (Fahr-)Geld geboten, denn tariflich macht es in aller Regel keinen oder nur einen geringen Unterschied, ob man auf einer S-Bahn-Strecke mit zehnminütiger Zugfolge oder auf einer Regionalstrecke mit Zweistunden-takt fährt. Schon von daher ist es eigentlich absurd, wenn derjenige, der das attraktivere Angebot in der Stadt nutzt, von den Kosten freigestellt würde, während derjenige, der das weniger attraktive Angebot zur Verfügung hat, weiter zahlen müsste. Insofern entspricht es einer gewissen Logik, gerade das weniger attraktive Angebot durch eine interessantere Preisgestaltung – bis hin zur Fahrpreisfreiheit – interessanter zu machen. So könnte auch der ländliche ÖPNV-Nutzer gleichsam entschädigt werden, dass für ihn die ÖPNV-Nutzung zwangsläufig weniger komfortabel ist.

Insofern sprechen eine ganze Menge Faktoren dafür, die Diskussion zu verlagern: **vom Schnellschuss des kostenfreien Stadtverkehrs hin zur Überlegung, ob es nicht vielmehr Sinn macht, in Modellversuchen kostenfreien Überlandverkehr zu erproben.**

„Willkommen im Landkreis Marburg-Biedenkopf“



Mit diesen Worten auf Straßenschildern sollen zukünftig nach dem Willen der Kreis-Koalition die Autofahrer beim Ankommen im Kreis Marburg-Biedenkopf begrüßt werden. „Ein Willkommenshinweis ist auch eine freundlichen Präsentation des Landkreises im Sinne einer Willkommenskultur, dient der Orientierung und hat aus unserer Sicht eine wichtige Bedeutung für den überörtlichen Tourismus“, sagte Werner Waßmuth in dem Antrag für die Kreistagssitzung am 23. März 2018.

Ein Hinweis auf die Kreisgrenze an Landes-, bzw. Bundesstraßen sei ein Serviceangebot an alle Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer, begründete der Fraktionsvorsitzende seinen Antrag. Zudem könne dies eine Orientierungshilfe darstellen.

Afrikanische Schweinepest – Kreis soll intensive Präventionsarbeit leisten



„Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist auf dem Vormarsch und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie auch das Kreisgebiet erreicht. In dem Fall würde eine massive wirtschaftliche Beeinträchtigung der Schweinehalter drohen und es wäre eine massive Auswirkung auf die Menschen und ihr Essverhalten gegeben.“ So steht es in der Begründung eines Antrages der Kreisregierungs-Koalition zur Eindämmung der ASP, dem in der Sitzung des Kreistages am 23. März 2018 zugestimmt wurde.

Ein wichtiger Punkt sei die deutliche Reduzierung des Wildschweinbestandes, um der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest vorzubeugen, sagte der Fraktionsvorsitzende Werner Waßmuth. „Deswegen wollen wir für kleinere Wildschweine mit einem Körpergewicht von weniger als 20 kg die Fleischbeschaugebühr befristet erlassen, um den Jägern einen Anreiz zu bieten, die Jungtiere weiterhin zu erlegen“, wie es wörtlich dem Antrag zu entnehmen ist.

Finanzexperte der CDU Manfred Vollmer:



„In sechs Jahren haben wir 121 Millionen Euro Kassenkredite auf Null abgebaut“ (Auszüge aus der Kreistagsrede)

Das Haushaltsjahr 2017 wird voraussichtlich mit einem Überschuss von rund 17 Millionen Euro abschließen. Dieses für uns erfreuliche Ergebnis hatte die FDP veranlasst, die Abhaltung einer Aktuellen Stunde zu den Quartalsberichten des Jahres 2017 auf die Tagesordnung der letzten Kreistagsitzung setzen zu lassen. In der zuständigen Fachausschusssitzung, in der die Ursachen dieses Überschusses ausführlich durch die Vertreter des Fachamtes erläutert wurden, war allerdings kein FDP-Vertreter anwesend.

Ich kann nur spekulieren, warum der Antragsteller den Kreistag als Plattform vorsieht und nicht den zuständigen Fachausschuss. Obwohl doch gerade im Haupt- und Finanzausschuss über Fragen und Antworten, nicht zuletzt auch an die Verwaltung, ein Sachverhalt umfassend und erschöpfend aufgeklärt werden konnte, unter anderem zur Höhe des Überschusses.

Für mich jedenfalls wurden alle offenen Fragen beantwortet. Der FDP, die im Haupt- und Finanzausschuss nicht anwesend war, ging es wohl nur darum, die guten Finanzergebnisse unserer Koalition zu skandalisieren. Dies ist ihr nicht gelungen.

Große Bedeutung hat für uns im Zusammenhang mit der Entschuldung von Kassenkrediten die „Hessenkasse“. Das Jahresergebnis versetzt uns nun in die Lage, unsere noch bestehenden Kassenkredite in voller Höhe bis zum 30.06.2018 abzulösen und im Gegenzug vom Land Hessen einen Investitionszu-

schuss in Höhe von 24,3 Millionen Euro zu erhalten. Das wäre sonst nicht möglich gewesen.

Ende 2012 hatten wir noch Kassenkredite in Höhe von 121 Millionen Euro. Dies heißt: innerhalb von 6 Jahren haben wir unsere Kassenkredite auf Null gestellt. Dabei hat uns das Land Hessen erheblich geholfen und uns mit Hilfe des sogenannten Rettungsschirms rund 48 Millionen Euro abgenommen.

Über die Höhe des Überschusses sind wir daher sehr erfreut, lässt es uns doch durchaus positiv in die Zukunft schauen und uns in die Lage versetzen, die erheblichen finanziellen Aufwendungen im Bereich der Schulen, des Straßenbaus, der Verwaltungsgebäude und der Bildung im allgemeinen einschließlich der Digitalisierung positiv entgegenzusehen.

Auch in Kenntnis dieses durchaus respektablen Überschusses hätten wir bei der Aufstellung des Haushalts 2018 keine anderen Entscheidungen getroffen und die Mittel nicht anders eingeplant. Die vor uns liegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge und Aufstellung für die Zukunft hätten dies nicht zugelassen. Es ist und war immer unser Ziel, gerade die Niedrigzinsphase zu nutzen, um die Kassenkredite (kurzfristige Schulden) abzubauen, um wieder Finanzspielräume für Investitionen zu bekommen.

Unsere eigene Zielvorgabe sah vor, dies bis 2021 zu schaffen. Umso erfreulicher ist es, dies schon bis zum 30.6.2018 erledigen zu können.

Die Haushaltsgenehmigung 2018 des Regierungspräsidenten bestätigt im Übrigen den eingeschlagenen Kurs, weist aber gleichzeitig auf die Risiken hin, die wir für die Zukunft nicht aus dem Auge verlieren sollten. Die Haushaltsgenehmigung für 2018 wurde bereits Anfang Februar erteilt.

Kein anderer Landkreis in Mittelhessen hatte eine so frühe Genehmigung.

Unser Landkreis, geführt durch die Große Koalition, liegt mit an der Spitze aller hessischen Landkreise.

Neufassung des Kreissportplanes

In der letzten Sitzung des Kreistages wurde die Neufassung des Kreissportplans beschlossen. Der Kreissportplan ist die Grundlage für die Förderungen des Kreises im Sportbereich. Er bedurfte einer zeitgemäßen Aktualisierung. „Die CDU-Fraktion sieht in der Förderung des Sports eine wichtige

gesellschaftliche Arbeit und ist mit der Fortschreibung des Kreissportplanes einverstanden“, sagte Werner Waßmuth, Fraktionsvorsitzender. Mit dieser Fassung erhalten die rund 400 Sportvereine in Marburg-Biedenkopf zeitgemäße Richtlinien für die Förderung durch den Landkreis.

Radverkehrsentwicklung im Landkreis Marburg-Biedenkopf



Die Kreistagsabgeordneten haben in der letzten Sitzung den Bericht für das Jahr 2017 zur Radverkehrsentwicklung zur Kenntnis genommen. Der Bericht zeigt den Sachstand und dokumentiert, welche Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils im Landkreis ergriffen wurden. „Den Bericht über konzeptionelle Entwicklungen, über Maßnahmenumsetzung, über Kampagnentätigkeit und die inhaltliche und organisatorische Vernetzung der im Radverkehr handelnden Personen, Organisationen und Verwaltungseinheiten haben wir von der CDU-Fraktion zur Kenntnis genommen und als positiv bewertet“, sagte Werner Waßmuth.

Schulessen – Qualität ist uns wichtig und sollte gesichert und geprüft sein



Nach dem Willen der Kreiskoalitionäre und der Zustimmung im Kreistag wurde der Kreisausschuss damit beauftragt, zu prüfen, inwiefern das Markenzeichen whatsEAT auch für die Qualitätssicherung der Essensversorgung an Schulen im Land-

kreis Marburg-Biedenkopf als sinnvoll zu erachten ist.

„Eine gesunde Schulpflege und eine Zertifizierung halten wir für immens wichtig“, unterstrich Werner Waßmuth den Antrag. Die Zertifizierung gebe Cateringunternehmen, Betreibern und Konsumenten die Sicherheit, dass sich die Produkte als besonders geeignet für die Schulpflege bewiesen haben.

Ausbau der K 50 zwischen Seelbach und Rollshausen



Die CDU Kreistagsfraktion setzt sich für die Sanierung unserer Kreisstraßen ein. Eine Maßnahme ist die K51 zwischen Rollshausen und Seelbach. Dieser Straßenbaumaßnahme zum Ausbau der Kreisstraße 50 wurde kürzlich in der Kreistagsitzung zugestimmt. Zur Finanzierung der Maßnahme wurde für das Haushaltsjahr 2018 eine außerplanmäßige Auszahlung für Investitionen in Höhe von 500.00 € beschlossen. Der Landkreis hatte die Zusage vom Land Hessen für eine Förderung des grundhaften Ausbaus der K 50 im Zuge der Freien Strecke zwischen Seelbach und Rollshausen aus dem Förderprogramm 2018 erhalten. Damit die Fördermittel von 65 % nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nicht verfallen, muss bis zum 30.04.2018 ein Förderantrag gestellt werden. Dies bereiteten die Kreistagsabgeordneten mit der Zustimmung der Beschlussvorlage vor.

Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr mit der CDU Kreistagsfraktion besuchte IHK Kassel-Marburg

Am 14. Februar 2018 besuchte der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr mit der CDU Kreistagsfraktion Marburg-Biedenkopf die

Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg im Software-Center in Marburg.



Swen Falke: Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion

Die Fraktion wurde hier von dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer, Herrn Oskar Edelmann, über die Wirtschaftsförderung und die Zusammenarbeit mit den heimischen Unternehmen informiert. Mit einer Interessenvertretung von rund 75.000 Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen ist die IHK eine der mittelgroßen deutschen IHKs.

Herr Edelmann informierte uns über die Aufgaben der IHK, zu denen die wirtschaftspolitische Interessenvertretung in Kommunen, auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene dazu gehören.

Es gibt Serviceangebote für die Unternehmen. Hierzu gehören Informationen der Unternehmen über alle wirtschaftlich relevanten Fragen (Internet, IHK Zeitschrift, Newsletter, Veranstaltungen etc.). Auch die Gewinnung von Fachkräften sieht die IHK als wichtige Aufgaben an. Deswegen fand beispielsweise am 25. - 27. Januar 2018 eine Ausbildungsmesse im Cineplex zusammen mit den Kooperationspartnern Bundesagentur für Arbeit und der Kreishandwerkerschaft Marburg statt. Auf dieser Messe „Ansprache Zukunft“ konnte man sich über die Chancen und Möglichkeiten einer Berufsausbildung im dualen System informieren. Mit rund 70 Ausstellern aus Handwerk und Industrie konnten sich die Besucher vor Ort – vorwiegend junge Menschen vor der Berufswahl – von der Vielfalt der Ausbildungsberufe überzeugen und mit den Unternehmen persönlich in Kontakt treten.

„Gerade der Fachkräftemangel schlägt bei den Unternehmen immer mehr zu Buche“, sagte Herr Edelmann von der IHK. „Hier muss weiterhin versucht werden gegenzusteuern. Es wäre wünschenswert, wenn der Landkreis Marburg-Biedenkopf in Zusammenarbeit mit der IHK Kassel-Marburg besser mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Marburg kooperieren könnte.“

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit 245.000 Einwohnern / rd. 88.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und einer Arbeitslosenquote von 3,8 %, befände sich bei der medizinischen Versorgung auf höchstem Niveau (u.a. wegen des Universitätsklinikums). Die IHK und auch die Wirtschaft müssten sich mit der Fachkräftesicherung und Digitalisierung weiterhin beschäftigen.

Ein weiteres aktuelles Thema ist für die IHK und auch die heimische Wirtschaft die Infrastruktur. Es geht insbesondere um die Anbindung nach Westen, die A 49, die B 252, den Breitband-Ausbau und die Bahnanbindung nach Norden.



Auch neue Mobilitätskonzepte /Autonomes Fahren, Internationale Schule Marburg, Verkehrs- und Parkplatzproblematik in Marburg, Sperrung Weidenhäuser Brücke, Gewerbesteuer, Aktion „Heimat Shoppen“, Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderungsakteure und MINT-Bildung – Haus der kleinen Forscher / Chemikum waren Gegenstand unseres gemeinsamen Gesprächs.

Werner Waßmuth und Swen Falke sagten nach dem Besuch: „Wir bleiben dran! Der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr und die CDU Fraktion im Landkreis Marburg-Biedenkopf werden die o.g. Themen weiterhin unterstützen und begleiten.“